

Der deutsche Katholizismus und Polen

Initiativen und Hemmnisse auf dem Weg zur Verständigung

Wie kompliziert die Beziehungen zwischen Deutschen und Polen nicht nur im politischen, sondern auch im kirchlichen Raum immer noch sind, zeigte unter anderem der Besuch einer Delegation der polnischen PAX-Gruppe in der BRD zu Beginn dieses Jahres. Drei westdeutsche Bistumsstellen der deutschen Pax-Christi-Sektion hatten sie in eigener Initiative zu einem Meinungs- und Informationsaustausch eingeladen. Der Generalsekretär des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, *F. Kronenberg*, bezeichnete in einer Stellungnahme dazu die Einladung einer „politisch solchermaßen korrumpierten Gruppe“ als „Skandal“, der den „polnisch-deutschen Verständigungsbemühungen nicht dient, sondern schadet“ (Rheinischer Merkur, 14. 1. 72). Kronenberg begründete seine Erklärung mit „kirchlichen Rücksichten“, die für den bisherigen Präsidenten des ZdK, *A. Beckel*, der als Oberbürgermeister von Münster und somit als Politiker an einem Empfang der PAX-Delegation in Dortmund teilnahm, nicht gelten würden.

In der sich anschließenden Auseinandersetzung warfen sich die Kontrahenten gegenseitig „erschreckende Unkenntnis der wirklichen Lage in Polen in Vergangenheit und Gegenwart“ (Kronenberg), „Leichtfertigkeit“ (die Pax-Christi-Gastgeber) bzw. „fahrlässige Ignoranz“, wenn nicht „Böswilligkeit“ (*A. Paffenholz*) vor. Das ZdK suchte durch gezielte Artikel die Katholiken über das „wahre Gesicht der polnischen ‚Pax‘“ (Rheinischer Merkur, 28. 1. 72, Deutsche Tagespost, 4./5. 2. 72) aufzuklären. Auch das deutsche Pax-Christi-Präsidium hat inzwischen klaggestellt, daß sein „offizieller und einziger Partner“ die polnische ZNAK-Gruppe sei.

Mit wem soll gesprochen werden?

Die Frage des richtigen polnischen Gesprächspartners im Rahmen der kirchlichen Bemühungen um eine deutsch-polnische Verständigung ist in der Tat nicht einfach. Die polnischen Jugendorganisationen (Sozialistischer Jugendverband, der Pfadfinderverband, der Verband der Landjugend, die Vereinigung polnischer Studenten und die Zirkel der Militärjugend) sind in einer Dachorganisation (OKWOM) zusammengeschlossen. Einen organisatorischen Zusammenschluß der katholischen Jugend gibt es selbstverständlich nicht. Der BDKJ z. B. muß also, will er speziell mit jungen polnischen Katholiken Kontakt aufnehmen, diese staatlichen Organisationen als Gesprächspartner akzeptieren.

Etwas anders ist die Situation bei den drei anderen kirchlich-gesellschaftlichen bzw. politisch-gesellschaftlichen Gruppen Polens: der PAX-Organisation, der Christlich-Sozialen Gesellschaft und der ZNAK-Gruppe, der die sog. Klubs der katholischen Intelligenz in verschiedenen Städten des Landes lose angeschlossen sind. Allein die ZNAK-Gruppe wird von den polnischen Bischöfen als Gesprächspartner anerkannt, auch wenn man nicht übersehen darf, daß es zwischen dem in seiner Mehrzahl konservativen Episkopat und den theologisch wie kirchlich reformbereiten ZNAK-Mitgliedern Spannungen gegeben hat und auch noch gibt.

Demgegenüber ist die polnische PAX-Organisation vom Episkopat noch nie als Gesprächspartner akzeptiert worden. Dazu hat diese, vor allem in der Stalinzeit, zu sehr mit den Gegnern der Kirche konspiriert. Es wäre aber dennoch einseitig, wollte man die PAX als willenloses Werkzeug in der Hand von Staats- und Parteifunktionären sehen. Sicher verdankt die Organisation der bekannten kommunistischen Spaltungstaktik ihre Existenz. Doch gab es zwischen *Gomulka* und dem Vorsitzenden der PAX, *B. Piasecki*, Anfang der sechziger Jahre harte Zusammenstöße wegen der von PAX vertretenen These vom weltanschaulichen Pluralismus (vgl. auch HK, Dezember 1968, 568—571). Zwischen PAX und ZNAK wäre etwa die Christlich-Soziale Gesellschaft anzusiedeln, eine gesellschaftspolitische Organisation von Christen, die sich für das sozialistische Entwicklungsprogramm des Landes und für die Zusammenarbeit von Gläubigen und Ungläubigen engagieren.

Es ist verständlich, daß die ZNAK-Gruppe sowie der Klub der katholischen Intelligenz *in erster Linie* als Gesprächspartner im Bereich der katholischen Bemühungen um eine deutsch-polnische Verständigung in Frage kommen. Es wäre jedoch gerade vom Gedanken der Verständigung und der Aussöhnung nicht vertretbar, andere Gruppen a priori davon auszuschließen.

Der bundesrepublikanische Hintergrund

Diesen polnischen Gruppierungen stehen in der BRD viele gesellschaftlich, politisch, ideologisch und kirchlich differenzierte Gruppen, Verbände und Organisationen gegenüber, die in mehr oder weniger loser bzw. enger Verbindung mit der offiziellen Kirche stehen und an deutsch-polnischen Kontakten interessiert sind: angefangen von den katholischen Jugendverbänden bis hin zu Pax Christi, dem Bensberger Kreis und den Vertriebenenverbänden.

Für sie alle wie auch für die katholische Kirche in der BRD ist die deutsch-polnische Verständigung zu einer vordringlichen Frage geworden. Vor allem seit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages vom 7. Dezember 1970 messen manche, freilich etwas vordergründig und vorschnell, die Bereitschaft zur Verständigung mit dem polnischen Volk an der politisch positiven oder negativen Einstellung zu dem Vertragswerk und zu dessen unverzüglicher Ratifizierung.

Am leichtesten tut sich hier einschließlich der ideologisch und politisch fixierten Gruppen die junge Generation, und zwar auch im kirchlichen Bereich. Sieht man einmal von den Jugendorganisationen der Vertriebenenverbände ab, so hat sie, die einer nichterfahrenen Vergangenheit gegenüber unbefangener, darum aber auch politisch argloser, wenn nicht naiver reagiert, das deutsch-polnische Vertragswerk überwiegend positiv aufgenommen. Dennoch bleiben auch bei manchen von ihnen „Bedenken wegen politischer Zusammenhänge“, wie sie z. B. in einer Entschließung der Hauptversammlung des BDKJ zum deutsch-polnischen Verhältnis vom 7. November 1971 trotz seiner Zustimmung zum Vertrag und zur

Ratifizierung angedeutet wurden. Die „Aktion katholischer landsmannschaftlicher Jugend“ vermißte in dieser Polenentschließung eine konkrete Aufgabenstellung der katholischen Jugend für die Versöhnung mit Polen und wandte sich gegen eine parteipolitische Position einer parteineutralen kirchlichen Organisation. Ein von ihr vorgeschlagenes „Jugendopfer“ sei z. B. nicht berücksichtigt worden. Wertvolle Vorarbeit für eine deutsch-polnische Verständigung hat vor allem der *Bensberger Kreis* bereits 1968 mit seinem Polenmemorandum geleistet (vgl. den Wortlaut in HK, April 1968, 172–178). Er hat als erster im innerkatholischen Bereich den Durchbruch gewagt, indem er erklärte, daß Christen „aufgrund der Universalität und der Unbedingtheit ihres Willens zur Versöhnung“ nicht „durch die Tabus des status quo gebunden sein“ sollten. Wenn auch der Friede möglichst auf einer Rechtsbasis herzustellen sei, so würde dieser doch hauptsächlich vom Rechts- und Friedenswillen der beteiligten Staaten abhängen.

Die Problematik der Kontakte

Im Ziel einer deutsch-polnischen Aussöhnung sind sich alle Gruppen im katholischen Raum der BRD einig, Meinungsverschiedenheiten bestehen nur über die realen und vor allem politisch vertretbaren Wege dazu. Inzwischen ist bereits — als Folge der Vertragsunterzeichnung — eine spürbare klimatische Verbesserung zwischen Bonn und Warschau zu verzeichnen, wenn auch in jüngster Zeit die Gefahr einer eventuellen parlamentarischen Ablehnung der Verträge auf polnischer Seite scharfe Pressereaktionen auslöste. Insgesamt haben sich aber die Kontakte, Begegnungen und Besuche bis heute intensiviert. Parlamentarier aller Richtungen, Wirtschaftler, Journalisten, Vertreter der Jugend, der gesellschaftlichen und kirchlichen Gruppen und Verbände wurden nach Polen eingeladen und luden selbst in die BRD zu gegenseitigem Informations- und Meinungsaustausch ein. Zu den wichtigsten Besuchen im vergangenen Jahr zählen die Reise einer Delegation des Präsidiums der deutschen Pax-Christi-Bewegung im Mai, die einer Delegation des Bundesvorstandes des BDKJ und der Bischöflichen Hauptstelle für Jugendseelsorge Ende Juni und des bisherigen Vorsitzenden des ZdK, *A. Beckel*, im März 1971.

Die Kontakte haben, wie die bisherige Erfahrung zeigt, ihre eigene Problematik. Da ist, um mit dem Vordergründigen anzufügen, die schwerfällige polnische Bürokratie, die man zu durchlaufen hat. Zwischen Einladung und tatsächlichem Besuch liegt nicht selten ein halbes Jahr. In der Programmgestaltung kam man — soweit bisher erhebbar — den Wünschen der Besucher großzügig entgegen, auch wenn Fälle zu verzeichnen sind, in denen z. B. bei Reisen von Jugendlichen die polnischen Jugendlichen bei den geführten Gesprächen durch Abwesenheit glänzten, nicht alle polnischen Antragsteller das Visum für einen Gegenbesuch erhielten oder Gruppenreisen von Polen ganz verschoben wurden, ohne daß man die eigentlichen Gründe erfuhr.

Es ist sicher, daß die polnische Regierung den politischen Nutzen solcher Kontakte wohl zu wägen versteht und daß diese über Auswahl und Dosierung auch zu einem politischen Hebel werden können. Gerade bei Kontakten von Jugendlichen verliefen die Besuche vorerst ganz überwiegend von der BRD nach Polen. Völlige Freiheit in der Auswahl der Teilnehmer und in der Programmgestaltung

erwartet freilich niemand. Die Frage der freien Meinungsäußerung bei solchen Kontakten ist ein Problem für sich, das von Fall zu Fall verschieden gelagert ist. Das Ausmaß der Besuche ist für die Polen nicht zuletzt auch eine Devisenfrage. Die polnische Regierung hat verstärkten und auch gegenseitigen Jugendaustausch für die Zeit nach der Ratifizierung des deutsch-polnischen Vertrages in Aussicht gestellt. Übertriebene Hoffnungen wird man sich aber auch da nicht machen dürfen. Dagegen spricht die gegenwärtige allgemeine Abschirmungstendenz im Ostblock gegen „westliche Einflüsse“. Kontrolle und Lenkung werden kaum aufgegeben werden.

Auf einer tieferen Ebene waren und sind die Begegnungen mehr oder weniger unterschwellig auch von den *Vorurteilen* und *psychologischen Barrieren* geprägt, die auf beiden Seiten noch vorhanden sind und die vor allem auf den letzten Weltkrieg und seine Greuel zurückgehen. Ein undifferenziertes Freund-Feind-Denken und ein dogmatischer Antikommunismus, der zwischen System und Volk nicht zu unterscheiden vermag und der auch in katholischen kirchlichen Kreisen zuweilen noch anzutreffen ist, müssen in einem selbstkritischen Reflexions- und Umdeklarationsprozeß abgebaut oder doch differenziert werden. Umgekehrt werden auch die polnischen Katholiken ihre durchaus verständliche, aber deshalb nicht unproblematische Identifizierung von polnischer Nation und polnischem Katholizismus selbstkritisch überdenken müssen, die bisweilen die Grenze des Vertretbaren überschreitet. Die sichtbar gewordene Neigung polnischer katholischer Gesprächspartner, die deutschen Katholiken je nach ihrer Einstellung zum Warschauer Vertrag als gut oder böse einzustufen, dürfte z. T. auch in dieser nationalen Komponente des polnischen Katholizismus ihren Ursprung haben.

Vertriebene und Episkopat

Die bisherigen Kontakte haben weiterhin im Ergebnis gezeigt, daß die Polen ohne jede Differenzierung nach Religion und Weltanschauung in der Ratifizierung des Warschauer Vertrages die Voraussetzung für eine Verständigung mit dem deutschen Nachbarn zumindest insofern sehen, daß diese ein breiter angelegtes auch kirchliches Verständigungsbemühen erst politisch ermöglicht. Dabei spielt weniger die oft ins Feld geführte Frage des polnischen Sicherheitsbedürfnisses eine Rolle, sondern die mit der Ratifizierung gekoppelte sehr wahrscheinliche Änderung der bekannten Haltung des Vatikans zur *Neuregelung der Diözesangrenzen* in den heutigen polnischen West- und Nordgebieten. Auch wäre mit der Ratifizierung der aus der Sicht der Polen „obstruktiven“ Haltung der *Vertriebenen* zum Gesamtkomplex des Warschauer Vertrages und der Diözesangrenzen in den früheren deutschen Ostgebieten der Boden entzogen. Erst Ende vergangenen Jahres wurde durch polnische Presseveröffentlichungen eine Demarche der Vertriebenen beim Vatikan bekannt, die Übergabe eines Memorandums durch den Bund der Vertriebenen bereits im April 1971 (vgl. den Wortlaut im „Rheinischer Merkur“, 3. 12. 71). Und im Februar dieses Jahres übergab eine dreiköpfige Delegation der deutschen katholischen Vertriebenen im Vatikan zwei Grundsatzklärungen (über das Verhältnis von Versöhnung und Politik und die der Vertriebenen-seelsorger zum Weltfriedenstag 1972) und erläuterte ihren Standpunkt.

In den gelenkten polnischen Massenmedien werden die Vertriebenen dieser ihrer Haltung wegen weiterhin zu „Revanchisten“ erklärt. Dagegen verweisen sie selbst auf ihre immer wieder wiederholten Erklärungen zum Gewaltverzicht und zu einem friedlichen Ausgleich mit Polen. Zwischen solchen Erklärungen und dem gleichzeitig aufrechterhaltenen Anspruch auf die Heimat sehen die Polen einen Widerspruch, da das eine das andere ausschließt und die Vertriebenen keinen realistischen Lösungsvorschlag anzubieten hätten. Ein existentiell nicht vordringliches Heimatrecht hat, wie Bischof *B. Kominek* einmal formulierte, vor dem Existenzrecht eines ganzen Volkes zurückzutreten. Der Vorschlag der Vertriebenen, europäisierte, internationale Randgebiete zwischen den beiden Staaten aufzubauen, liegt wohl wegen der Blockbildung in Europa jenseits alles Realisierbaren. Ähnliches dürfte von einem nicht näher präzisierten, von ihnen für möglich gehaltenen Kompromiß auf nationalstaatlicher Basis gelten.

Ein weiterer Stein des Anstoßes liegt für viele polnische Katholiken in der *politisch neutralen Haltung der Bischöfe* in der BRD, obwohl das Verständnis dafür in letzter Zeit in kirchlichen Kreisen Polens gewachsen zu sein scheint. Die westdeutschen Bischöfe sehen die kirchliche Aufgabe mehr auf dem Gebiet der menschlichen Aussöhnung und Hilfe, wie dies auch in der Erklärung der deutschen Bischofskonferenz zur deutsch-polnischen Versöhnung vom 21. Dezember 1970 durch ihren Vorsitzenden, Kardinal *Döpfner*, zum Ausdruck kam. Allerdings stünden dieser Aussöhnungsbereitschaft der gesamten Bevölkerung der BRD noch „Barrieren“ entgegen, die von den Politikern und Behörden beider Völker abgebaut werden müßten.

An einer solchen Barriere ist bisher auch ein Besuch des Vorsitzenden der deutschen Bischofskonferenz, Kardinal *Döpfner*, in Polen trotz aller bisherigen Sondierungen gescheitert. An der Bereitschaft des Kardinals zu einem Besuch kann nicht gezweifelt werden. Eine Einladung des polnischen Episkopats ist jedoch bisher nicht ausgesprochen worden. Diese Zurückhaltung läßt darauf schließen, daß die davon in erster Linie Betroffenen einen Besuch nach der Ratifizierung der Ostverträge für klüger halten. Auch wenn der Leiter des staatlichen Kirchenamtes, *A. Skarzynski*, gegenüber der Pax-Christi-Delegation vom vergangenen Jahr einen solchen Besuch als Sache der Kirchen bezeichnete, so wäre dieser doch ohne eine Reise *Döpfners* in die polnischen Westgebiete aus der Sicht der polnischen Regierung kaum denkbar. Den damit verbundenen Risiken will man aber aus dem Wege gehen.

So bildet die bisherige Zurückhaltung der westdeutschen Bischöfe in der Frage der polnischen Westgrenze und der Neugliederung der Diözesen weiter das Haupthindernis. Das Interview, das der ehemalige Chefredakteur des PAX-Organs „*Slowo Powszechne*“, *W. Jankowski*, der „Frankfurter Rundschau“ (1. 3. 71) anlässlich des Kongresses „Friede mit Polen“ gab, brachte dies in eindeutiger Zweckbestimmung klar zum Ausdruck. Dieses Haupthindernis dürfte aber nach der Ratifizierung zumindest politisch gelöst sein. Es gilt als sicher, daß der Vatikan danach und nach Abwarten der Reaktion der Weltöffentlichkeit und der praktischen Folgen seine bisherige Haltung in dieser Frage überprüfen wird.

Wenn wegen all dieser Hemmnisse die öffentlichen Kontakte noch stocken, so steht man doch informell schon seit langem in Verbindung. Bekannt sind z. B. die Kontakte

in Rom anlässlich von Arbeitssitzungen römischer Kurienorgane und auf den bisherigen drei Bischofssynoden. Vor allem während der letzten Bischofssynode in Rom kam es zu mehreren Begegnungen zwischen den deutschen und polnischen Bischöfen. So konzelebrierten in der Messe zur Seligsprechung des polnischen Franziskaners *M. Kolbe* am 17. Oktober 1971 mit dem polnischen Primas und dem ungarischen Kardinal *J. Mindszenty* auch die deutschen Kardinäle *Döpfner* und *Höffner*. Das Bittgesuch um Seligsprechung war von beiden Episkopatzen gemeinsam in Rom gestellt worden. Zweimal luden sich deutsche und polnische Bischöfe gegenseitig zur Konzelebration und zum gemeinsamen Essen ein.

Auf evangelischer Seite ist man in den Kontakten auf höherer kirchlicher Ebene schon etwas weiter fortgeschritten. So war z. B. die Reise des Präsidenten der hessisch-nassauischen Landeskirche, *H. Hilds*, im vergangenen Jahr nach Polen der erste offizielle Besuch einer kirchlichen Abordnung aus der BRD. Aufschlußreich war auch die Visite des württembergischen Landesbischofs *H. Claß* mit dem Tübinger Staatsrechtler und Präses der EKD-Synode, *L. Raiser*, Anfang Oktober 1971. Offizielle kirchliche Kontakte auf höchster Ebene bahnen sich z. B. zwischen dem polnischen Ökumenischen Rat und dem Rat der EKD an (vgl. epd, 13. 1. 72). Auch vom Ökumenischen Rat der Kirchen in Genf aus beginnt man erste Kontakte zur katholischen Kirche Polens zu knüpfen.

Es bleibt noch viel zu tun

Die bisherigen Erfahrungen und Initiativen in Sachen deutsch-polnischer Verständigung und Aussöhnung gerade zwischen den Kirchen zeigen, daß man noch am Anfang eines langwierigen Prozesses steht. Austausch von Absichtserklärungen, Einzel- und Gruppenkontakte, pastorale zwischenkirchliche Hilfe im privaten und halböffentlichen Bereich — viel weiter ist man noch nicht gekommen. Freilich kann man dies nicht den Kirchen allein in die Schuhe schieben. Es fehlten z. T. die Voraussetzungen dafür, wenn man auch zugeben muß, daß auf deutscher Seite die Katholiken gegenüber den evangelischen Kirchen mit einiger Verzögerung reagiert haben.

Gegenwärtig bemüht man sich, die deutsch-polnische Verständigung stärker in die kirchliche Informations- und Bildungsarbeit einzubeziehen. Anregungen vonseiten des ZdK an die Bistumspresse, hier stärker initiativ zu werden, hatten jedoch nur einen begrenzten Erfolg. Im April dieses Jahres finden als ein erster Versuch in Goslar zwei Modellakademietagungen mit polnischen Referenten statt über das Polenbild der Deutschen und das Deutschenbild der Polen. Der Arbeitskreis für Ostfragen des ZdK war mit an der Initiative beteiligt. Geplante Studienaufenthalte von polnischen Theologen z. B. erfordern jedoch die Bereitstellung finanzieller Mittel. Die Sache der deutsch-polnischen Verständigung wird auch etwas kosten. Freilich wird es trotz aller guter Vorsätze vorerst bei den mehr zufälligen und sporadischen Kontakten zwischen den beiden Kirchen bleiben. Um so mehr müssen daher die bestehenden Möglichkeiten gezielter und mit klaren Prioritäten genutzt werden. Als vordringliche Aufgabe empfiehlt sich eine Bestandsaufnahme dessen, was bereits getan wird, und die Weckung und Schärfung eines bei vielen Katholiken dafür noch unterentwickelten Bewußtseins.

Franz Schmalz